

Nationale Forschungsschwerpunkte (NFS)

Ausschreibungsrunde für die Geistes- und Sozialwissenschaften

Als vor bald drei Jahren der Beschluss über die ersten 14 Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) bekannt wurde, erschallten im ganzen Land die Proteste der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschergemeinde. Von den fünf sozialwissenschaftlichen Anträgen, die der Schweizerische Nationalfonds zur Durchführung empfohlen hatte, wurden vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) nur deren zwei bewilligt. In der zweiten Ausschreibungsrunde (2005–2007) sollen daher ausschliesslich Projekte aus diesen Disziplinen berücksichtigt werden.

Die Vernachlässigung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen im ersten Entscheidprozess 2000/2001 über die Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) löste landesweit Diskussionen über den Willen zur Förderung dieser Fachrichtungen aus. Im Auftrag der damaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss und unter der Leitung von Gerhard Schuwey, Direktor des Bundesamts für Bildung und Wissenschaft (BBW), analysierte eine Expertengruppe die Situation dieser Disziplinen und kam zum Schluss, dass ihre Zukunft insbesondere wegen der Überlastung in der Lehre gefährdet sei. In der Folge wurden sie in der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie 2004–2007 (BFT-Botschaft) zur Priorität erklärt. Auch der Beschluss, die zweite NFS-Ausschreibung ausschliesslich auf die Geistes- und Sozialwissenschaften zu konzentrieren, geht auf diese Diskussionen zurück.

Fördern, was bereits existiert

In der Ausschreibung 2003 sollen die bisherigen Kriterien und Zielsetzungen der NFS grundsätzlich beibehalten werden. «Der Bund will mit diesem Instrument strategisch wichtige Forschungsbereiche strukturell nachhaltig stärken», sagt Paul-Erich Zinsli, stellvertretender Direktor des BBW. «Die NFS müssen in die Hochschulen eingebettet sein. So ist sichergestellt, dass die geförderten Forschungsbereiche nach Ablauf der zehn bis zwölf NFS-Jahre weiter unterstützt werden.»

Die Themen sind nicht vorgegeben. Die Anträge müssen aber thematisch und disziplinar genügend breit abgestützt sein und jeweils ein Kompetenzzentrum sowie ein Netzwerk von interdisziplinär und überregional bis international zusammenarbeitenden Partnerinstitutionen aufweisen. Für die Sozialwissenschaften wurde das Terrain bereits vom Schwerpunktprogramm Zukunft Schweiz vorbereitet: Einerseits führte das Verbundkonzept unterschiedliche Disziplinen und Institutionen zusammen, und andererseits erhielten in einem speziell ausgeschrieben Programm zur Bildung von Kooperationsnetzwerken sechs Initiativen finanzielle Unterstützung.

Rücksicht auf die spezifische Kultur

Mit kleineren Anpassungen soll dennoch der spezifischen Kultur der Geistes- und Sozialwissenschaften Rechnung getragen werden. So werden insbesondere in den Geisteswissenschaften auch NFS mit weniger Forschungsgruppen als bei den bisherigen akzeptiert. Aufgrund der ho-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Editorial



Liebe Leserin, lieber Leser

Vernetzte Forschung ist zur Zeit in aller Munde: Die Sozialwissenschaften sind zur Bildung Nationaler Forschungsschwerpunkte (NFS) aufgerufen. Vielen fällt es schwer, Forschung nicht als Werk genialer Einzelgängerinnen und Einzelgänger, sondern als Produkt kooperativer Arbeit zu verstehen. Obschon wir alle wissen und täglich von neuem erfahren, dass empirische Forschung im Team geleistet wird. Und dies in der Schweiz schon heute auf konkurrenzfähigem Niveau: Die EU lässt verlauten, dass die Antragstellenden aus der Schweiz die höchste Erfolgsquote bei der Evaluation von Proposals im sozialwissenschaftlichen Bereich des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms hatten.

Das SPP Zukunft Schweiz hat von Anfang an vernetzte Forschung gefördert und im letzten Jahr mehrere Kooperationsinitiativen gezielt unterstützt. Das Ergebnis der NFS-Ausschreibungsrunde wird zeigen, ob auf diesem Gebiet eine gute Ernte eingefahren werden kann.

Dass es überhaupt zu dieser Ausschreibungsrunde gekommen ist, hat auch damit zu tun, dass die Sozialwissenschaften sich öffentlich dafür eingesetzt haben. Hauptträger war der Politische Rat der Sozialwissenschaften (CPS) der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW). Viel Konzeptions- und Koordinationsarbeit ist im Rahmen des SPP Zukunft Schweiz geleistet worden. Politische Interessenwahrnehmung – Lobbying also – ist für die Sozialwissenschaften ein Novum. Auch hier hat das SPP Zukunft Schweiz Pisten gelegt, die in geeigneter Form weiterzuverfolgen sind. Denn der Wettbewerb um knappe Ressourcen wird sich in Zukunft wohl noch verschärfen.

Dies ist der letzte Newsletter des SPP Zukunft Schweiz. Stellvertretend für die Expertengruppe danke ich dem Team der Science Com AG, das unsere Kommunikation über Jahre hinweg professionell, mit Engagement und Enthusiasmus betreut hat. Urs Aeberhard, Imelda Lütolf, Andrea Ernst und ihre Kolleginnen und Kollegen haben uns gezeigt, dass es sich lohnt, Gutes zu tun und öffentlich darüber zu reden – und dass dies in den Sozialwissenschaften durchaus möglich ist.

Nahezu die gesamten Kommunikationsaktivitäten sind auf den Internetseiten des SPP Zukunft Schweiz dokumentiert (www.sppzukunftschweiz.ch). Die Dokumentation werden wir auch auf eine CD-Rom brennen und den Unterlagen zu unseren zwei Schlussstagen beilegen.

Peter Farago

Dr. Peter Farago
Programmkoordinator SPP Zukunft Schweiz

(Fortsetzung von Seite 1)

hen Lehrbelastung sollen Forschende vor allem in den Sozialwissenschaften für gut bewertete Projekte bereits während der Gesuchsausschreibung finanzielle Unterstützung – sogenanntes seed-money – erhalten können. Weiter dürfen die Eigenmittel und Drittmittel tiefer sein als bei den bisherigen Schwerpunkten. Und schliesslich soll die Kommunikation zwischen dem Nationalfonds und dem EDI in der Schlussphase des Entscheidungsprozesses intensiviert werden.



Science Com AG

Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind aufgefordert, Netzwerke zu schaffen, um bei der Ausschreibung der NFS eine Chance zu haben.

Positive NFS-Erfahrungen der Uni Zürich

Der Startschuss für die Projektausarbeitung ist im Oktober gefallen. Der Vorteil für die Geistes- und Sozialwissenschaften besteht darin, die bisherigen Erfahrungen der Universitäten mit dem neuen Instrument nutzen zu können. Diese sind hauptsächlich positiv, wie das Beispiel der Universität Zürich zeigt. Die Hochschule ist bei drei der vierzehn NFS – Strukturbiologie, Neurowissenschaften und Finanzrisiken – das Leading house und in sechs weitere Forschungsschwerpunkte ohne finanzielle Beteiligung involviert. «Die drei Forschungsbereiche, in denen die Universität Zürich die Führung hat, gehören zu unseren langjährigen Schwerpunkten», sagt Alexander Borbély, Prorektor Forschung der Universität Zürich.

In den genannten drei NFS-Bereichen existieren zudem Kompetenzzentren, wie das «Functional Genomics Centre Zurich», das Zentrum für Neurowissenschaften und das «Centre of Competence Finance Zurich». Borbély stellt fest, dass sowohl die bereits existierenden Schwerpunkte als auch die Kompetenzzentren durch die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen und die zusätzlichen Mittel gestärkt wurden. Auch die nationale und internationale Sichtbarkeit habe zugenommen: «Die Zuordnung eines NFS an eine Universität ist ein Qualitätsnachweis. Die jährliche Beurteilung des Projekts durch internationale Experten trägt dazu bei, dass die Universität über die Grenzen hinaus Aufmerksamkeit erlangt.»

Kompetenzzentren vorhanden, Schwerpunkte im Aufbau

Wie aber sieht die Situation in Zürich bei den Geistes- und Sozialwissenschaften aus? Im Gegensatz zur medizinischen, naturwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fakultät existieren an der Philosophischen Fakultät noch keine Schwerpunkte. Die Forschenden seien aber daran, diese zu definieren, sagt Borbély. Im Gegensatz dazu haben sich bereits Kompetenzzentren etabliert, die sich in ein übergeordnetes Netzwerk integrieren lassen: Ethikzentrum, Kompetenzzentrum Gender Studies (KGS), Globale Informationsgesellschaft (SwissGIS), Zentrum für Gerontologie, Zürcher Kompetenzzentrum für Hermeneutik (ZKH) und Kompetenzzentrum Zürcher Mediävistik. «Aus diesen Netzwerken kommen bereits Vorschläge für NFS», weiss Borbély.

Weitere Erfahrungen der Universität Zürich zeigen, dass sich die Kooperationen zwischen den Universitäten – nicht zuletzt auch zwischen der Deutschschweiz und der Romandie – intensiviert haben. Die Zahl der interdisziplinären Projekte hat zugenommen. Doktorierende und Postdocs konnten zusätzlich engagiert und Assistenzprofessuren geschaffen werden. Neue Studiengänge wurden implementiert, beispielsweise in den Bereichen Finanzen und Risk Management oder in den Neurowissenschaften.

Frühe Einbindung der Heimuniversität

Der Prorektor Forschung der Universität Zürich sieht aber auch Schwachpunkte im Konzept der NFS. Die langfristige Belastung der Hochschule und die versteckten Kosten – Stichwort Overhead – seien nicht zu unterschätzen. Auch könne es innerhalb einer Disziplin zu Problemen führen, wenn ein Forschungsbereich gefördert werde und ein anderer nicht. Problematisch ist laut Borbély die Personalsituation, da die geschaffenen Stellen nicht permanent sind und die Kostenfolgen von der Hochschule nicht übernommen werden können. Es müsse auch darauf geachtet werden, dass die lokal und national ausgerichteten NFS die internationale Forschung nicht behinderten. Um die Schwachpunkte möglichst zu reduzieren und Probleme zu vermeiden, rät Borbély den Forschenden, die Heimuniversität in einer möglichst frühen Phase in die Auswahl, die finanzielle Planung und die wissenschaftliche Aufsicht einzubinden.

NFS-Ausschreibung für Geistes- und Sozialwissenschaften (2005 – 2007)

Die Ausschreibung erfolgt in zwei Etappen: Die Projektskizzen sind bis zum **15. Januar 2004** einzureichen, die detaillierten Gesuche bis zum **1. September 2004**. Die Forschung beginnt 2005.

Weitere Informationen erteilen:

- Prof. René Levy, Forschungsrat Abteilung IV SNF und Mitglied der «Arbeitsgruppe Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften» der Gruppe für Wissenschaft und Forschung (Tel. 021 692 31 86, rene.levy@ias.unil.ch)
- Dr. Paul-Erich Zinsli, Stv. Direktor Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (Tel. 031 322 96 53, paul.zinsli@bbw.admin.ch)
- Prof. Dieter Imboden, Forschungsrat Abteilung IV SNF, Sektion NFS (Tel. 01 632 73 47, imboden@up.umnw.ethz.ch)

Symposium des SPP Zukunft Schweiz

Nach acht Jahren SPP Zukunft Schweiz – Perspektiven für die Sozialwissenschaften in der Schweiz

Das in Kooperation zwischen dem SPP Zukunft Schweiz und der Stiftung «Avenir Suisse» veranstaltete Symposium will unter dem Motto «Was bleibt?» ein öffentliches Fazit aus acht Jahren Programm ziehen. Gleichzeitig sollen Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Forschung in der gesellschaftlichen Praxis beleuchtet und aufgrund des bisherigen Erfahrungsstandes bewertet werden. Im Mittelpunkt steht dabei der Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft.

Das Symposium richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit und findet am 5. März 2004 im Kursaal Bern statt. Der Anlass ist für die Teilnehmenden kostenlos. Die vollständige Einladung sowie Informationen zur Anmeldung finden sich auf der Website www.sppzukunftschiweiz.ch.

Programm

- 9.30 – 9.45 **Begrüssung und Einleitung**
- 9.45 – 10.15 **«Ich habe die Antwort. Stellen Sie mir die Frage», sagt die Wissenschaft**
(Charles Kleiber, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung)
- 10.15 – 12.00 **Podiumsdiskussion, 1. Teil: Transfer und Nutzen von Forschungsergebnissen aus der Sicht von Politik und Wirtschaft**
Teilnehmende: Ernst Buschor, Alt-Regierungsrat Kanton Zürich; Xavier Comtesse, Stiftung Avenir Suisse; Corinne Hermant, Europäische Kommission, Generaldirektion Education and Culture; Daniel Hofmann, Chefökonom, Leiter Medien und Public Relations, Zurich Financial Services; Claudia Kaufmann, ehemalige Generalsekretärin des Eidgenössischen Departements des Innern; Christoph Koellreuter, Präsident des Verwaltungsrates BAK Konjunkturforschung Basel AG; Gian-Reto Plattner, Alt-Ständerat BS, Vizerektor Universität Basel; Rudolf Walser, Verband der Schweizer Unternehmen *economiesuisse*
- 12.00 – 13.30 **Buffet**
- 13.30 – 14.00 **Strategische Fragen der Entwicklung der Sozialwissenschaften**
(Peter Farago, Programmkoordinator des SPP Zukunft Schweiz)
- 14.00 – 15.30 **Podiumsdiskussion, 2. Teil: Perspektiven und Massnahmen zur Förderung der Sozialwissenschaften**
- 15.30 – 16.00 **Das SPP Zukunft Schweiz: Verpflichtungen und Wünsche für die kommenden Jahre**
(Markus Zürcher, Generalsekretär der Schweizerischen Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften SAGW)
- 16.00 – 16.15 **Abschluss**

Projekte (I)

Wohlbefinden im mittleren und höheren Lebensalter

Das Interesse der Forschung an der Jugend ist gross. Erforscht wird mit der steigenden Lebenserwartung auch die zweite Lebenshälfte. Was sind aber die Charakteristika der Nachkriegsgeneration, die heute im mittleren Lebensalter steht und als zahlenmässig starke Altersgruppe zunehmend Gewicht erhält? Die SPP-Forschungsgruppe unter der Leitung von Prof. Pasqualina Perrig-Chiello befasst sich mit der in der Schweiz noch wenig erforschten Sandwichgeneration.

Das mittlere Lebensalter – die Forschung setzt dieses Alter zwischen 40 und 65 Jahren an – war bis Mitte des 20. Jahrhunderts ein wenig differenzierter Lebensabschnitt. Mit der höheren Lebenserwartung hat sich dieses Alter inzwischen zu einer eigenständigen Lebensphase entwickelt, die neue Ausdrucksformen und Handlungsmöglichkeiten bietet, aber auch neue Anforderungen und Probleme mit sich bringt.

«Personen im mittleren Lebensalter sind meist noch für ihre heranwachsenden Kinder verantwortlich, werden aber bereits mit dem Älterwerden und den damit verbundenen Behinderungen ihrer Eltern konfrontiert und geraten nicht selten in eine Sandwichposition», erläutert Pasqualina Perrig-Chiello, Psychologieprofessorin an der Universität Bern, die Situation der heutigen 40- bis 65-Jährigen.

Diskrepanz zwischen Ist- und Wunschzustand

Der erste Teil des Projekts «Lebensperspektiven, Ressourcen und Wohlbefinden im mittleren und höheren Lebensalter» ist eine Weiterführung der 1998 durchgeführten Befragung von Personen im mittleren Lebensalter. Die Längsschnittstudie soll Aufschluss darüber geben, wie Männer und Frauen ihre Situation wahrnehmen und gestalten: Wie geht es ihnen gesundheitlich, psychisch und sozial? Wie erleben sie den Auszug der Kinder, die Wechseljahre, das Altern und den Tod der Eltern, das eigene Älterwerden? In welchen Rollen befinden sie sich? Wie sehen ihre Lebensperspektiven und ihre Beziehungen zu den Kindern und Eltern aus? Wie beschreiben sie ihr psychisches Wohlbefinden?

«Auffallend ist die Diskrepanz zwischen Ist- und Wunschzustand», sagt Pasqualina Perrig-Chiello. «Die befragten Personen im mittleren Lebensalter würden gerne weniger arbeiten und sich weniger um Kinder und Eltern kümmern, dafür mehr Zeit für die Partnerschaft oder für sich selbst beanspruchen. Diese Situation verbessert sich mit zunehmendem Alter nicht, im Gegenteil: Autonomiestreben sowie familiäre und berufliche Verpflichtungen klaffen je länger je mehr auseinander.» Am grössten ist die Diskrepanz bei alleinerziehenden Frauen und alleinstehenden Männern und Frauen.

Paradox des Wohlbefindens

In der Querschnittstudie, dem zweiten Projektteil, stehen das psychische Wohlbefinden, die Zufriedenheit mit der Wohnsituation, die subjektive Gesundheits- und Gedächtniseinschätzung, sportliche Aktivitäten und soziale Netzwerke von Personen im mittleren und höheren Lebensalter im Zentrum. Dafür wurden Daten, die in der ersten Phase des SPP Zukunft Schweiz erhoben wurden, mit Datensätzen der im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 32 durchgeführten interdisziplinären Altersstudie verglichen.

«Interessant ist, dass das Wohlbefinden weniger vom Alter abhängig ist als von den psychischen Ressourcen und vom jeweiligen Lebenskontext», sagt Pasqualina Perrig-Chiello. Zwar erfährt das psychische Wohlbefinden sowie die Einschätzung der eigenen Lebenslage beim Übergang ins mittlere Lebensalter einen Einbruch. Beim Übergang ins höhere Lebensalter zeigen sich hingegen keine Einbrüche der psychischen Befindlichkeit, obwohl die Körperbeschwerden zunehmen.

Die Forscherin spricht vom Paradox des Wohlbefindens: «Wir beobachten, dass sich das Wohlbefinden der befragten Personen mit zunehmendem Alter auf einem höheren Niveau stabilisiert, obwohl die objektive gesundheitliche und soziale Lage schlechter wird. Ältere Personen sind besser in der Lage, körperliche Beschwerden mit einer optimistischen Lebenseinstellung auszugleichen. Diese adaptiven Mechanismen gehören zur Überlebensstrategie von uns Menschen.» Frauen – insbesondere die Gruppe der alleinerziehenden und alleinstehenden – weisen tiefere Befindlichkeitswerte auf als Männer.

Zu wenig Zeit und Geld

Die Lebenssituation alleinerziehender Frauen wird im Rahmen des Projekts in einer Dissertation speziell untersucht. Die Studie ist als Kombination von quantitativen und qualitativen Analysen konzipiert. Die Befragten schildern im Rückblick, welche Probleme sie als Alleinerziehende zu lösen hatten und wie sie dies taten. Aber auch ihre Zukunftsperspektiven waren von Interesse: Wie stellen sie sich die Ablösung von den Kindern vor und wie gedenken sie diesen Übergang zu gestalten?

Die Analysen ergeben ein vielschichtiges Bild des Alleinerziehens. Entschiede alleine zu treffen, wird von den einen als Belastung und von den andern als Entlastung empfunden. Die befragten alleinerziehenden Mütter sind der Meinung, ihre Lebenssituation unterscheide sich grundsätzlich nicht von jener von Müttern in Zweielternfamilien. Alle Mütter blieben mit ihren Kindern alleine; bei den Alleinerziehenden sei dies einfach auch von aussen sichtbar.

Ein wichtiger Punkt ist das Geld: So beklagen die Alleinerziehenden, dass sich ihre schlechte finanzielle Lage mit dem Ende der Kinderbetreuung häufig nicht ändere, beispielsweise weil Schulden bestehen. Positiv wird die finanzielle Knappheit hingegen für die Kindererziehung betrachtet.

Die Lebenszufriedenheit ist bei berufstätigen Alleinerziehenden geringer als bei Hausfrauen oder Frauen, die mit einem Partner zusammenleben, arbeiten und Kinder erziehen. Alleinerziehende vermissen am meisten, dass sie wegen ihrer Doppelbelastung kaum Zeit zur eigenen Verfügung haben. Auch schätzen Alleinerziehende ihre Gesundheit am schlechtesten ein, haben oft Beschwerden und benötigen am häufigsten therapeutische Hilfe.

Mittleres Lebensalter im internationalen Vergleich

Im letzten Projektteil wurde der schweizerische Datensatz mit Daten aus den USA verglichen, um insbesondere die psychologischen Beziehungsmuster und sozio-demographischen Strukturen international zu überprüfen. Schweizerinnen und Schweizer im mittleren Lebensalter schätzen ihre Gesundheit besser ein als Amerikanerinnen und Amerikaner. Dasselbe gilt auch für das psychische Wohlbefinden. Was die finanzielle und berufliche Zufriedenheit anbelangt, unterscheiden sich die Frauen in der Schweiz und in den USA nicht wesentlich. Grosse Unterschiede bestehen hingegen bei der Kontakthäufigkeit zu Nachbarn und Familienangehörigen sowie der Beziehungsqualität zur Familie und der familiären Unterstützung. In den USA spielt die Familie eine wichtigere Rolle als in der Schweiz.

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

Praktische Hilfeleistung aus der Forschung

Das öffentliche Interesse an dieser Forschung sei gross, sagt die Projektleiterin. «Medien und Marktforschungsinstitute wollen wissen, was die «Baby-Boom-Generation» auszeichnet.» Gefragt seien auch Weiterbildungskurse und Nachdiplomstudiengänge, wie zum Beispiel am Universitären Institut Alter und Generationen (INAG) in Sitten, an der Hochschule für Soziale Arbeit Bern, an der Schule für Angewandte Gerontologie (SAG) der Pro Senectute und an der Universität des dritten Lebensalters in Frankfurt/Main. Geplant ist zudem, aus der Dissertation über die alleinerziehenden Frauen praktische Ratschläge und Hilfeleistungen abzuleiten und diese in einem Handbuch der Zielgruppe zur Verfügung zu stellen.

Projektleiterin Prof. Pasqualina Perrig-Chiello

Pasqualina Perrig-Chiello ist Dozentin am Institut für Psychologie der Universität Bern. Neben der Leitung des SPP-Projekts präsidiert sie die Leitungsgruppe des Nationalen Forschungsprogramms «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel» (NFP 52). Ihr Lehr- und Forschungsschwerpunkt ist die Entwicklungspsychologie der Lebensspanne: Wohlbefinden, Gesundheit und Ressourcennutzung, differenzielle Entwicklung, insbesondere geschlechtstypische Entwicklung, Beziehungen zwischen den Generationen sowie Entwicklungsdiagnostik.



Publikationen

- Otfried Jarren et al.: Rundfunkregulierung. Leitbilder, Modelle und Erfahrungen im internationalen Vergleich. Eine sozial- und rechtswissenschaftliche Analyse. Seismo Verlag, Zürich, 2002. (ISBN 3-908239-8-2)
- Eric Widmer, Jean Kellerhals, René Levy, in Zusammenarbeit mit Michèle Ernst Stähli und Raphaël Hammer: Couples contemporains – Cohésion, régulation et conflits. Une enquête sociologique. Reihe «Gesellschaft Schweiz», Seismo Verlag, Zürich, 2003. (ISBN 2-88351-026-1)



- Christian Suter (Hrsg.): Lebensbedingungen, Ungleichheit und soziale Mobilität: Die Schweiz im europäischen Vergleich. Reihe «Gesellschaft Schweiz», Seismo Verlag, Zürich. Die Publikation wird im Oktober 2004 erscheinen.
- Der Sozialbericht 2004 (ISBN 3-03777-022-8) wird im März 2004 beim Seismo Verlag in der Reihe «Gesellschaft Schweiz» erscheinen. Die Themen: Güterverteilung, kulturelle Vielfalt, soziale Integration, politische Gestaltung und ökologische Integration.

Projekte (II)

Rundfunkregulierung im Wandel des Mediensystems

Seit der Verabschiedung des geltenden Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) im Jahr 1991 hat sich das technologische und wirtschaftliche Umfeld erheblich verändert, so dass sich die Totalrevision des Gesetzes aufdrängt. Da die Politik auch in Zukunft einen starken Service public wünscht, stellt sich die Frage, wie die Regulierung des Rundfunks an die veränderten Umstände angepasst werden soll. Antworten gibt das interdisziplinäre Projekt «Rundfunkregulierung im Wandel des Mediensystems» der Forschungsgruppe von Prof. Otfried Jarren an der Universität Zürich.

In vielen Ländern sind die Massenmedien zu einer zentralen Infrastruktur – einer Art Nervensystem – der gesellschaftlichen Kommunikation geworden. Die Gesellschaft steht vor der aktuellen Frage, welche Form von Rundfunksystem sie will und braucht: Soll sich der Rundfunk über den Markt und dessen massgebendes Kriterium der Einschaltquoten definieren, oder soll ein vom Staat gewährleisteter Service public Vorrang haben?

Erhaltung des Service public

Der Service public des öffentlichen Rundfunks in der Schweiz wird durch veränderte Umweltbedingungen zunehmend in Frage gestellt: Die Kommerzialisierung des Rundfunks durch die Zulassung privater Anbieter, der Politikwechsel in der staatlichen Regulierung durch die Öffnung der Märkte, sozio-kulturelle Veränderungen durch zunehmende Individualisierung sowie Pluralisierung gesellschaftlicher Werte, der technische Fortschritt durch die Digitalisierung und schliesslich die Lage der Schweiz als Kleinstaat mit mehreren Sprachen, Kulturen, grossen Nachbarländern, einer starken Auslandsorientierung der Fernsehzuschauer und beschränkten eigenen Ressourcen.

«Unsere Aufgabe im Projekt bestand darin, Ziele und Begründungen der Regulierung zu untersuchen, Modelle aus anderen Ländern zu analysieren und ihre Eignung aus sozial- und rechtswissenschaftlicher Sicht für die Sicherung des Service public in der Schweiz abzuklären», sagt Projektmitarbeiter Patrick Donges. Wie die Schweiz aus Erfahrungen anderer Länder profitieren kann, zeigt er anhand einer Regulierungsmassnahme in Irland: «Dort beschloss der Gesetzgeber Anfang der Neunzigerjahre Werbebeschränkungen für den öffentlichen Rundfunk, um den privaten Anbietern zu helfen. Solche Werbebeschränkungen für die SRG werden auch in der Schweiz diskutiert. Tatsächlich flossen in Irland die Werbegelder dann aber nach Grossbritannien ab. So etwas wäre auch in der Schweiz zu befürchten.»

Regulierung, Selbstregulierung oder Co-Regulierung?

Unter Regulierung versteht man Rechtsvorschriften, mit denen der Staat Einfluss auf Teile der Gesellschaft nehmen will. Solche Vorschriften werden zur Regelung der Inhalte des Rundfunkprogramms, der Vergabe von Lizenzen und der Konzentrationskontrolle eingesetzt. Bei den Programminhalten stehen in den im Rahmen des Projektes untersuchten Ländern Bestimmungen im Vordergrund wie Jugendschutz, Wahrung der Persönlichkeitsrechte, Quotenregelungen für nationale oder internationale Programme, die Verpflichtung zur Abdeckung verschiedener Programmgenres wie Information, Kultur, Sport oder

Unterhaltung sowie die Berücksichtigung verschiedener Altersstufen und Sprachregionen. Geld als Steuerungsinstrument ist vor allem in Form von Rundfunkgebühren von Bedeutung.

Bei der Selbstregulierung wird der Einfluss des Staates geschmälert und den Medienunternehmen mehr Verantwortung übertragen, indem sie verbindliche Regeln für die gesamte Branche aufzustellen und diese auch selbst durchzusetzen haben. Werden solche Regeln in Zusammenarbeit oder im Auftrag des Staates formuliert und durchgesetzt, spricht man von regulierter Selbstregulierung oder Co-Regulierung.

Kooperationsstrategien vor allem in angelsächsischen Ländern

Solche Formen der Selbst- und Co-Regulierung sind insbesondere in Australien, Kanada und Grossbritannien zu beobachten. Der Staat hält sich bei Vorgaben von Leistungsanforderungen an den Rundfunk zurück und konzentriert sich auf die Kontrolle der Einhaltung von Vereinbarungen. «In Australien beispielsweise überlässt es die Regulierungsbehörde den einzelnen Rundfunksektoren, verschiedene Problempunkte, wie beispielsweise Jugendschutzbestimmungen, in einem Code of Practice zu lösen. Die Aufgabe der Behörde besteht dann darin, diese Codes zu genehmigen», weiss Donges.

Die Analyse von Dokumenten aus elf Ländern zeigt ferner, dass insbesondere in angelsächsischen Ländern solche Formen der Selbst- und Co-Regulierung durch einen Einbezug der Öffentlichkeit und des öffentlichen Dialogs ergänzt werden. So gibt es Vorgaben für die paritätische Zusammensetzung senderinterner und -externer Beiräte und Kommissionen (Australien, Grossbritannien), Verpflichtung für den Einbezug der Öffentlichkeit bei der Entwicklung von Programmrichtlinien (Australien) sowie Hearings und Konsultationen bei medienpolitischen Entscheidungen (Grossbritannien, Kanada, USA).

Zielsetzungen des öffentlichen Rundfunks

In vielen Ländern hat der öffentliche Rundfunk ähnliche Zielsetzungen. Fallstudien über Grossbritannien, Frankreich, Kanada und Irland haben ergeben, dass das Programmangebot eine Vielfalt von Themen abdecken muss und eine breite Zielgruppe angesprochen werden soll, insbesondere auch die für den kommerziellen Rundfunk weniger interessanten Zuhörer und Zuschauer. Wichtig ist allen untersuchten Ländern die Grundversorgung aller Bevölkerungsgruppen. Auch institutionelle Massnahmen zum Einbezug der Öffentlichkeit in die Regulierung sind auszumachen. Ein weiteres Ziel ist die Unabhängigkeit des Rundfunks gegenüber Wirtschaft und Politik, wobei die Distanz zur Politik in Frankreich und Kanada geringer ist.

Getrennte Selbstregulierung von privaten und öffentlichen Anbietern?

Der dritte Teil der Studie umfasst Interviews mit Wissenschaftlern, Vertretern von Ministerien, Regulierungsbehörden, öffentlichen Rundfunkanbietern und gesellschaftlichen Gruppen in sieben Ländern. Die meisten befragten Personen halten den Einbezug der Öffentlichkeit in den Regulierungsprozess für wichtig, betonen aber die Schwierigkeit, diese Beteiligung zu strukturieren.

Gegensätzliche Meinungen herrschen bei der Frage, ob der private und öffentliche Rundfunk getrennt reguliert werden sollen. Die Befürworter der getrennten Regulierung sind grösstenteils «Service public»-Anbieter und argumentieren, dass sich bei einer einzigen Behörde eine allzu kommerzielle Sicht durchsetzen könnte. Die Gegner befürchten, dass Diversität zu schwacher Regulierung führe. Eine einzige Regulierungsbehörde sei weniger komplex und behandle alle Dienste gleich. Was die Formen von Regulierung anbelangt, wird die Co-Regulierung vorwiegend befürwortet, reine Selbstregulierung jedoch abgelehnt.

Einbezug der Interessen der Gesellschaft

Die Forschenden plädieren dafür, die bisherige Medienregulierung auch in der Schweiz durch neue, stärker auf den Dialog ausgerichtete Formen zu ergänzen. Dadurch sollen die Interessen der Gesellschaft in einer öffentlichen Debatte thematisiert werden. «Wir haben mit dem Medienrat und dem Observatoire suisse des médias (OSM) zwei Vorschläge ausgearbeitet», sagt Donges. «Ob diese Vorschläge in die Gesetzesänderung aufgenommen werden, liegt allerdings an den politischen Entscheidungsträgern.»

Projektmitarbeiter Dr. Patrick Donges

Patrick Donges studierte Politische Wissenschaft und Journalistik an der Universität Hamburg und promovierte 2001 in Publizistikwissenschaft an der Universität Zürich. Seit 1998 ist er Assistent und seit 2002 Oberassistent am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung (IPMZ) der Universität Zürich. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Kommunikation, Mediensysteme und -strukturen in vergleichender Perspektive, Medienregulierung sowie Medien- und Gesellschaftstheorien.



Weitere Informationen zur Forschungsgruppe Media Policy am IPMZ unter www.mediapolicy.unizh.ch.

Impressum

Newsletter zum SPP Zukunft Schweiz, Nr. 7, November 2003

Herausgeber:

Programmkoordination SPP Zukunft Schweiz

Dr. Peter Farago

Grossmünsterplatz 6

8001 Zürich

Redaktion, grafische Gestaltung und Produktion:

Science Com AG, 3005 Bern

Imelda Lütolf, Isabel Saccomanno

Druck:

Burkhardt AG, 3013 Bern

Der Newsletter erscheint in deutscher und französischer Sprache.

Weitere Exemplare können unentgeltlich bestellt werden bei:

Science Com AG, Thunstrasse 7, 3005 Bern, vision@sciencecom.ch

oder von der Website www.sppzukunftschweiz.ch als PDF-File heruntergeladen werden.

Ziel des SPP Zukunft Schweiz

Das SPP Zukunft Schweiz umfasst die Förderung von Forschungsnetzwerken und themenorientierter Forschung sowie Massnahmen zur strukturellen Stärkung der Sozialwissenschaften in der Schweiz.